

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 30 A.

Zum elften Verbandstage.

Winterliche Ruhe herrscht auf den Bauten, während die Vertreter der deutschen Bauarbeiter in Leipzig zusammentreten. Schon schien es, als wäre der herbe deutsche Winter mit seiner Schneefülle und seinem klingenden Frost aus dem Lande in die Berge geflüchtet und hätte uns dafür eine charakterlose, von Schmutz und Nebel begleitete Regenzeit geschickt. Aber es schien nur so. Jetzt haben wir unsern Winter wieder: süßhohe Schnee in Norddeutschland und einige Grade Frost. Hoffentlich wird nicht gleich wieder Wasser daraus. Wir begrüßen den Winter diesmal als einen Verbündeten. Die vielerorts beobachtete lebhaftere Bautätigkeit in den letzten Monaten hat ihre guten Gründe. Die Unternehmer befehlen sich, ihre Bauten noch schnell unter Dach und Fach zu bringen, ehe der Nachspruch des Unternehmerbundes die Entlassung aller Bauarbeiter verfügt. In dieser Voraussicht ist auch noch manches Stück Arbeit begonnen worden, mit dem man während des milden Winters noch fertig zu werden hoffte. Der eingetretene Witterungsumschwung wird da manche Hoffnung bei den Unternehmern gefestigt haben. Allerdings kann man dem keine allgroße Bedeutung beimessen: Die den Ausgang der Lohnbewegung in letzter Linie bestimmenden Faktoren sind ganz anderer Natur, und ein sehr wichtiger davon ist die Widerstandskraft der Arbeiter. Auf diesem Gebiete werden auch zum guten Teil die Aufgaben des Leipziger Verbandstages liegen.

Zuerst wird sich das Interesse der Teilnehmer jedoch auf eine andere Frage richten. Die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Verbande der baugewerblichen Hilfsarbeiter wird gleich am Anfang der Verhandlungen endgültig entschieden werden. Es kann heute, nachdem die Kollegenchaft in mehr als tausend Versammlungen mit überwiegender Mehrheit für die Verschmelzung votiert hat, kaum noch zweifelhaft sein, wie die Entscheidung ausfallen wird. Die Verschmelzung wird beschlossen, mit großer Mehrheit, vielleicht mit Einstimmigkeit beschlossen werden. Es ist jetzt nicht mehr nötig, und man wird auch auf dem Verbandstage gern darauf verzichten können, die grundsätzliche Bedeutung der Verschmelzung zu diskutieren. Die Frage ist für uns längst entschieden. Wer im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen so aufeinander angewiesen ist, wie die Arbeiter des Baugewerbes, der gehört zusammen, für den ist die Trennung unpraktisch, unökonomisch und schädigend. Gegen diese einfache Wahrheit kommt man mit Gegenargumenten nicht auf. Das zeigen uns am besten die Gegner der Verschmelzungsbestrebungen im Baugewerbe, die ihre Zuflucht zu beweislosen Behauptungen nehmen, für die sie aber nur bei blindgläubigen, gedankenlosen Leuten einen Resonanzboden finden können. Wir hoffen, daß sich weder unser noch der Verbandstag der Bauhilfsarbeiter von dieser verzweifelten Verteidigung eines unhaltbaren Standpunktes beunruhigen lassen wird, und wir hoffen in unserm jugendstarken Optimismus weiter, daß die in Leipzig zu beschließende Verschmelzung gerade die erste Schritte zu einer neuen, durch die Verhältnisse gebotenen Organisationsform bedeutungsvoll werden wird. Mit Worten wird man neuer Zeitströmungen nicht Meister.

Wird also die grundsätzliche Fragestellung in der Verschmelzung leicht zu lösen sein, so ist es aber doch schwieriger, in den Einzelheiten der neuen Organisation das zu treffen, was den allgemeinen Wünschen und Bedürfnissen am meisten entspricht. Wir sollten

uns zunächst einmal darüber klar werden, daß wir zwar in allen Punkten zur Vollkommenheit streben müssen, daß wir sie aber nie erreichen können. Es wird stets absolut unmöglich sein, die Einrichtungen unserer Organisation so zu gestalten, daß alle Wünsche befriedigt sind. Angesichts der überschwänglichen Fülle der Anträge zum Statut ist es nötig, diese Selbstverständlichkeit zu betonen. Damit ist natürlich nichts gegen die Einbringung von Anträgen gesagt; nur muß man darauf vorbereiten, daß sehr viele dieser Anträge nicht angenommen werden können. Jedes Statut kann immer nur ein Kompromiß zwischen den weit auseinandergehenden Wünschen einerseits und zwischen den Bedürfnissen und Möglichkeiten andererseits sein. Jetzt, wo sich zwei Organisationen zusammenschließen, die neben manchem Gemeinsamen doch auch manches Abweichende hatten, ist dies ganz besonders ins Auge zu fassen. Die Kardinalfragen bei der Statutenberatung werden die Krankenunterstützung und der Wochenbeitrag bilden. Die Krankenunterstützung hat in unserm Verbande von allen Unterstützungen die größte Bedeutung gewonnen. Sie ist in hervorragendem Maße eine soziale Unterstüzung geworden. Zwar hat jede Unterstüzung eine für die Organisation verbundene Kraft; aber am größten ist diese, das wissen die Zweigvereinsleiter am besten, bei der Krankenunterstützung. Ihre verbundene Kraft wird durch die vorgeschlagene Ausdehnung auf die Wintermonate bedeutend erhöht werden; aber wir werden dies auch mit einer schönen Summe Geldes zu bezahlen haben, die durch die vorgeschlagene Beschränkung der Unterstüzung auf zwölf Wochen um nicht vieles kleiner wird. Wie die Verbandsvorstände zu diesen Vorschlägen kamen, ist jedem bekannt, der die Statuten beider Verbände kennt; ein Kompromiß zwischen dem, was bisher bestand und dem, was in Zukunft möglich und notwendig ist.

Der Entscheidung über den Wochenbeitrag sehen wir als einem Prüfstein entgegen. Der Vorschlag lautet auf eine Erhöhung. Man spricht das Wort nicht mehr gern als nach all dem, was man aus Kollegenkreisen darüber gehört hat. „Steuererschraub!“ „Schraube ohne Ende!“ Wenn man das so hört, vielleicht gerade, nachdem man über die Entwicklung der Arbeitskämpfe gesprochen hat; wenn einem die ganze Gegenwart lebendig geworden ist, wo auf beiden Seiten immer gewaltigere Massen in den Kampf treten, wo die Betätigung, nicht die Veteuerung, höchsten Opfermutes die fundamentale Voraussetzung unseres Vormarsches ist — wenn man dann statt der Sprache entflammter Herzen solche Schlagworte hört, dann möchte man resigniert sagen: Laßt es uns aufgeben; wir sind nicht der Felsen, an dem sich unser herrsch- und habgieriges Unternehmertum die Köpfe einrennen muß; wir sind der weiche Ton, den es kneten kann, wie es ihn haben will. Aber man täte unsern Verbandsmitgliedern ein großes Unrecht an, wenn man solche Einzelfälle für typisch halten wollte. Die große Masse unserer Kollegen ist felsenhart, sie ist hart geworden in vielen heißen Kämpfen und in unablässigem Ringen gegen Unternehmertum und Schlitane. Und die Glutitze des herannahenden großen Kampfes wird auch den weichen Ton glas hart werden lassen.

So hoffen wir: Der Verbandstag wird seine Ohren verschließen den Einwänden der Engherzigen und Kleinlichen. Er wird sich nicht täuschen über den Ernst der Lage. Wir stehen vor einer Entwicklung des Klassenkampfes, in der wir uns nur durch erhöhte

Anspannung unserer Kräfte behaupten können. Entweder — oder! Entweder wir bringen die gesteigerten Opfer, die der gesteigerte Kampf von uns fordert, dann werden wir der Zeit gerecht und bekommen, was sie uns geben kann; oder wir bringen diese Opfer nicht und lassen uns unter dem Hohngelächter der Zeit vom Unternehmertum den Fuß auf den Nacken setzen. Ein Drittes gibt es nicht; man müsse sonst schon an die Unmöglichkeit denken, das ganze Unterstützungs-wesen fallen zu lassen.

Hat der Leipziger Verbandstag diese Punkte entschieden, so wird die Hauptarbeit der Statutenberatung getan sein. Von Wichtigkeit scheint uns dann jedoch eine von dem bisherigen Zustande abweichende Festslegung der Streikunterstützung zu sein. Heute wird jeder, der einige Monate vor Beginn einer Bewegung der Organisation beiträgt, in der Streikunterstützung ebenso behandelt wie der Kollege, der schon zehn Jahre und länger zur Organisation gestanden hat. Das ist im Grunde genommen nicht gerecht; zum andern aber kann eine Abstufung der Unterstüzung nach der Dauer der Mitgliedschaft dem leichtfertigen Austritt vorbeugen. Dem Verbandstage werden Anträge hierzu unterbreitet werden.

Die Lohnbewegung! Was kann der Leipziger Verbandstag hierin tun? Den Bericht über die zentralen Verhandlungen entgegennehmen, das Scheitern der örtlichen Verhandlungen konstatieren, sich über die Lage, über die Haltung der Verbandsvertreter, über die künftig einzunehmende Haltung aussprechen — das und noch mehr kann und wird er tun; aber einß vermag er nicht zu tun, nämlich, was die Unternehmer unter Androhung der Aussperrung von ihm fordern: die Anträge der Unternehmer zum Vertragsmuster anzuerkennen. An anderer Stelle drucken wir den Beschluß der Sitzung des Bundesvorstandes ab. Er hat sich auf neue auf seine aufreizenden Anträge verpflichtet; das Baugewerbe kann nach seiner Ansicht nicht länger ohne einen Vertrag nach seinen Vorschlägen arbeiten, und darum wird er, wenn sich die Arbeiter nicht seinem Willen fügen, die Schließung der Betriebe anordnen.

Keine Neugierde, fürwahr! Aber eine Herausforderung, eine Drohung, ein Einschüchterungsversuch! Machen Sie sich keine Illusionen, meine Herren! Seit dem Friedensschlusse im Jahre 1908 wußten die Bauarbeiter, was ihnen im Jahre 1910 bevorstand. Sie wußten es und haben sich dazu vorbereitet. Darum ist der Beschluß der Unternehmer durchaus nicht dazu angetan, uns irgendwie einzuschüchtern, er kommt uns im Gegenteil sehr gelegen; denn nun ist die Lage doch auch für die Erwigblinden klar. Wie der schmetternde Trompetenschlag des feindlichen Herolds, der die Kriegserklärung bringt, so ist dieser Beschluß des Unternehmerbundes zu bewerten. Er gilt dem Leipziger Verbandstage!

Der wird diese Antwort geben: Die Bauarbeiter sehen in den Anträgen des Unternehmerbundes zum Vertragsmuster ein Verrat auf ihre Freiheit, auf ihre Menschenwürde, auf das Recht der Arbeit an den Kulturgütern. Sie lehnen diese Anträge ohne weitere Diskussion ab und erwarten die angebotene Aussperrung in der Zuvorsicht, daß der Uebermut der Unternehmer zerbrechen wird an der opferwilligen Solidarität der Arbeiter.

So wird der Leipziger Verbandstag sprechen. So muß er sprechen, wenn er erfüllt ist von dem lobenswerten Kampfesgeist, in dem wir ihm unsern Willkommensgruß entbieten.

Alter Schwindel in neuer Auflage.

Wer in die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung der baugewerblichen Arbeiterschaft Deutschlands eingeweiht ist, dem kann nicht unbekannt sein, daß ihr Bestreben von Anfang an vornehmlich mit darauf gerichtet war, einen guten, ausreichenden Schutz gegen Unfälle und Mißstände aller Art auf Bauten zu schaffen. Dieses Bestreben entsprang nicht etwa einer propagandistischen Spekulation, sondern einer mit den realen Verhältnissen gegebenen Notwendigkeit. Das baugewerbliche Unternehmertum war im Punkte der Unfallversicherung unerhört rückständig, ja, zum größten Teil von einer gewissenhaftigkeit jenseitigen. Dem heiligen Unternehmertum zuliebe wurden Leben und Gesundheit ungezählter Tausende von Bauarbeitern der Zerstörung überantwortet, sowohl durch den Mangel an Schutzmaßnahmen und -einrichtungen im Betriebe, als auch durch die, allen Regeln der Baukunst spottende Bauausführung. Dieses Unwesen erfuhr besonders in der Zeit des großen „wirtschaftlichen Aufschwunges“ in der Gründer-Ära während der sechziger Jahre eine geradezu fabelhafte Ausgestaltung mit der Wirkung, daß die Baumfälle ganz erheblich zunahmten. Im ernsthaft entgegenzuwirken, dafür war die Klasse der im Konkurrenzgetriebe stehenden baugewerblichen Unternehmer nicht zu haben. Um so mehr mußte die organisierte Arbeiterschaft darauf bedacht sein, sich den Schutz für ihr höchstes und bestes Gut, für Leben und Gesundheit, zu erkämpfen. Sie demühte sich ehrlich, unflätigende Mißstände auf Bauten, schlechte Geschäftsführung usw. festzustellen und auf deren Beseitigung zu dringen. Nichts ist unter rein menschlichen Gesichtspunkten betrachtet, natürlicher und gebotener als solches Wirken. Das Tier häuht sich auf gegen seinen Herrn und Krebser, wenn es Gefahren mitteilt. Und der Arbeiter ein menschliches, vernunftbegabtes Wesen, sollte es kumpfmüsig über sich ergehen lassen, der Gewissenhaftigkeit oder Leichtfertigkeit eines Herrchens, von dem er wirtschaftlich abhängig ist, seine Gesundheit, sein Leben auszuliefern zu müssen? Ganz ohne Zweifel geht die Unfallversicherung, der Schutz der Arbeiter, in erster Linie die Arbeiter selbst an, zumal ihnen, da die „Autorität“ des Arbeitsherrn und dessen Sonderinteresse entgegensteht. Tatsächlich ist denn auch die Frage des Schutzes der baugewerblichen Arbeiterschaft von dieser Arbeiterschaft selbst in Fuß gefaßt worden unter dem Widerstande des Unternehmertums. Des öfteren waren die Arbeiter genötigt, zu dem Mittel des Streiks zu greifen, um die Beseitigung schwerer, gefährlicher Mißstände auf den Bauten zu bewerkstelligen. Erst durch Zwang, im Zusammenhang mit der Unfallversicherungsgesetzgebung, konnte die Klasse der baugewerblichen Unternehmer dahin gebracht werden, sich einer allerdings noch bei weitem unzureichenden Unfallversicherungspraxis anzubequemen. Und für diese Praxis ist wiederum die organisierte Bauarbeiterschaft bahnbrechend gewesen. Alles das, was in den Unfallversicherungsbestimmungen der Bauwerks-Vereinsgenossenschaften wirklich gut ist, hat diese Arbeiterschaft bezw. haben die leitenden Faktoren lange vor Aufstellung der Vorschriften gefordert und empfohlen.

Die Arbeiterschaft hat es dabei nicht bewenden lassen. Sie mußte notwendig auch zu der Forderung kommen, durch geeignete Vertreter an der Ausübung der Kontrolle auf Bauten beteiligt zu werden. Diese Forderung ist bereits in den sechziger Jahren in den Organisationen der Maurer und Zimmerer diskutiert worden. Sie ist dann eine sozusagen programmatische Forderung der gesamten baugewerblichen Arbeiterschaft geworden. Zu ihr bekennen sich nicht nur die freien Verbände, sondern auch die christlichen usw. Verbände. Sie ist niemals eine Parteifrage gewesen, sondern immer eine Frage des Rechtes und der Pflicht der Arbeiter, gebührend mitzuwirken an Maßnahmen und Einrichtungen, die ihrem Schutz gelten. Diese Pflicht und dieses Recht decken sich mit den Menschenpflicht und -recht, aber auch mit der bestehenden positiven Rechtsordnung, die die Freiheit der Arbeit anerkennt und grundsätzlich verneint, daß der Arbeiter sich jeglicher ihm schädigender Willkür des Unternehmertums, jeder Begehung und Unterlassungsünde der Autorität eines Arbeitsherrn unterwerfen, insbesondere auch alle ihm bedrohende Gefahr trittlos und widerspruchslos in den Kauf nehmen muß.

Ein vernünftiger und inhaltlicher Widerspruch gegen die Forderung, Arbeiter zur Ausübung der Kontrolle auf Bauten heranzuziehen, ist nicht möglich. Aber das organisierte Unternehmertum wird nicht müde, immer wieder aus neue Widersprüche zu erheben. Jetzt liegen dem Reichstage abermals zwei Petitionen vor, die diese Forderung bekämpfen, und zwar ausgehend von der Tatsache, daß der Reichstag im vorigen Jahre eine ihm von der Münchener Bauarbeiter-Vereinskommission unterbreitete Eingabe der Reichsregierung zur Verwirklichung überweisen hat. Die eine kommt vom Verband der deutschen Bauwerks-Vereinsgenossenschaften, die andere vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Was sie an Gründen darlegen, ist der bekannte, im Laufe der Jahre mer weiß wie oft vorgebrachte spekulative Mühsüß. Die Petition des Verbandes der Bauwerks-Vereinsgenossenschaften beginnt mit folgender Äußerung:

„Die Forderung der Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen auf Anstellung von Baukontrolluren aus dem Arbeiterstande gehört zu dem feststehenden sozialdemokratischen Programm und ist in der Hauptsache eine Konsequenz der sozialdemokratischen Forderung der Arbeiter. Die Erfüllung dieser Forderung ist für den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeitsherrn auf den Arbeitsstätten von so eminenter Bedeutung, daß dieselbe auf absehbare Zeit von der Tagesordnung der sozialdemokratischen Partei nicht verschoben werden dürfte.“

Im Programm der sozialdemokratischen Partei wird des speziellen Bauarbeiterkampfes mit keinem Worte Erwähnung getan. Aber natürlich ist die Partei und sind insbesondere auch ihre Vertreter im Reichstage stets energig eingetreten für die Forderung, weil sie vernünftig und gerecht ist. Zu sagen, daß die

sozialdemokratische Partei diese Forderung unter dem Gesichtspunkte ihrer parteipolitischen Interessen behandle, um durch „Abelsführer“ Einfluß auf den Arbeitsstätten zu gewinnen — das ist wirklich zu dumme und zu lächerlich, als daß man glauben könnte, diejenigen, die diese Behauptung aufstellen, könnten sie ernst meinen. Wir haben es darin mit einer Zweckmäßigkeit zu tun. Blassig unabhängig von der sozialdemokratischen Partei, durchaus logisch aus den Verhältnissen heraus, hat sich innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen die Frage der Anstellung des Bauarbeiterkampfes durch Anstellung von Baukontrolluren aus der Arbeiterschaft entwickelt. Nicht die sozialdemokratische Partei hat diese Frage in die Gewerkschaften getragen, sondern umgekehrt: die gewerkschaftlichen Organisationen haben sie in die sozialdemokratische Partei gebracht und auch andere Parteien, das Zentrum und liberale Kreise, für sie interessiert. Zahlreiche bürgerliche Sozialpolitiker sind für die Erfüllung der Forderung eingetreten, u. a. die ganze Verlesene Richtung. Weshalb hüten sich die petitionierenden Unternehmervertreter jetzt, wie schon früher, stets auf diese ihnen doch ohne Zweifel bekannten Tatsachen einzugehen? Um desto bequemer den reinen Schwindel vorzuführen zu können, die Forderung zu einer „spezifisch sozialdemokratischen“, zu einer „Konsequenz der sozialdemokratischen Machtgriese“ zu stampeln. Dieser Schwindel ist ein integrierender Teil der sogenannten Ordnungspolitik, die auf die Höhe eingetrickelt ist. Die Sozialdemokratie ist ohne die Hilfe von Baukontrolluren aus der Arbeiterschaft die stärkste Partei geworden. Sie ist auch für ihr weiteres Vordringen auf solche Hilfe nicht angewiesen. Was sie veranlaßt, gemeinsam mit anderen politischen Richtungen für die Forderung der baugewerblichen Arbeiterschaft einzutreten, das ist einzig und allein die Erwägung der Pflicht, gebührende Rücksicht zu nehmen auf höchst wichtige, berechtigtere Interessen dieser Arbeiterschaft.

Auch die zweite Petition, die des Arbeiterbundes für das Baugewerbe, unterfängt sich des Schutzes, die Forderung unter parteipolitischen Gesichtspunkten zu bekämpfen. Es heißt da:

„In der Tat ist dieser Wunsch im wesentlichen eine sozialdemokratische Forderung, und zwar lediglich zu dem Zwecke aufgestellt, um unter der Flagge des Arbeiterkampfes die Macht der Gewerkschaften zu vergrößern und zu vertiefen. Durch die Kontrolle der bezeichneten Art würde die sozialdemokratische Agitation, die häufig genug schon heute die schwersten Mißstände zeitigt, unter dem Deckmantel der beherrschenden Baukontrolle vor sich gehen, und die Arbeitgeber wären nicht in der Lage, die mit autoritativer Macht ausgestatteten Kontrolluren von der Arbeitstätte zu weisen. Die Arbeitgeber geraten in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften ihrer Arbeiter, und der Ungleichgewicht zwischen den beiden doch aufeinander angelegenen Arbeitsfaktoren, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wäre kein Ende.“

Der elende Vorwand, der hier konstruiert wird, ist ein höchst jämmerlicher Deckmantel der für sich des Unternehmerrers vor dem gegen seine Sonderinteressen gehenden, die Gewissenhaftigkeit der Bauleitung bekämpfenden Wirken der Kontrolluren aus der Arbeiterschaft. Der in Autoritätsannahme wurzelnde Herrschaftsanspruch wird ausgespielt gegen das natürliche Recht der Arbeiter, eine entsprechende Tätigkeit zu ihrem Schutze mit anderen dazu berufenen Elementen zu entfalten. Nicht das ist das Ziel der in Rede stehenden Bestrebungen, Unternehmern in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften zu bringen. Es spottet allem vernünftigen und rechtlichen Ermessen, darin, daß sich Arbeitervertreter mit demühen, die Arbeiter vor Unfällen zu behüten, etwas „Entwürdigendes“ für die Unternehmern zu sehen. Wohl aber wird der Arbeiter entwürdiget, wenn er gezwungen sein soll, seinen Schutz gegen Unfälle der „Autorität“, der „Gewissenhaftigkeit“, dem „Wohlwollen“ der Unternehmern zu überlassen.

Nach der auch in den beiden Petitionen wieder vorgebrachten Behauptung der Unternehmern hat der Arbeiter freilich gar nicht die Fähigkeit zur Ausübung einer Baukontrolle. Er ist „zu dumm“ dazu, „zu einseitig“, zu ungebildet. Obwohl wir diese spekulative Verunglimpfung der Arbeiter schon öfter zurückgewiesen haben, wollen wir sie doch demnächst wieder einmal etwas eingehender kritisch beleuchten.

Politische Umschau.

Hochwasserkatastrophe und ihre Folgen. — Militärdébatten im Reichstage. — Freiheitsidee eines Säubers wider den Reichstag. — Sozialdemokratischer Wahltag in Eisenach. — Die preussische Wahlrechtsvorlage in Sicht! — Bedrohung der belgischen Arbeiterschaft durch den französischen Zolltarif. — Die englischen Wahlen.

Das politische Leben in fast ganz Europa erfährt in der verflochtenen Woche eine außerordentlich starke Beeinflussung durch das Wetter und damit in Verbindung stehende gemaltige Ueberflussschwemungen. Schneestürme und Regengüsse gingen über die Länder. Fast kein Land ist davon verschont geblieben. Im härtesten ist Paris durch eine nahezu beispiellos dafestehende Hochwasserkatastrophe betroffen worden. Furchtbar wüteten hier in ganzen Stadtteilen die eifesselten Fluten der Seine, an Straßen, Häusern, Brücken, Uferbauten, Verkehrsrichtungen, besonders an der Untergrundbahn, ungeheuren Schäden anrichtend, der sich gewiß auf Hunderte von Millionen beläuft. Tausende von Menschen waren gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen; es mußten für sie Notasyle geschaffen werden. Die Lebensmittelzufuhr

wurde nahezu vollständig unterbrochen, zumal auch der Eisenbahnverkehr nahezu ganz unmöglich wurde. Die Regierung war genötigt, große Hilfsaktionen zu unternehmen, und sie bedient das Zeugnis, daß sie dieser Aufgabe wie überhaupt ihrer Pflicht im Kampfe gegen das Unheil nach Kräften genügt hat. Der französische Handel ist in eine geradezu teilsenbar Situation geraten. Für ihn beschloß die Kammer und der Senat kurzerhand ein Notkreditsgesetz, das die Regierung ermächtigt, im Falle von elementaren Heimjuchungen, Katastrophen und Unglücksfällen die Prolet- und Verkaufsfreiheit für Wechse und handelsrechtliche Schuldverhältnisse durch Dekret zu verlängern. Dieses sofort publizierte Gesetz hat bereits auf die Ende Januar fällig gewordenen Zahlungen Anwendung gefunden.

Es wird wohl Jahre dauern, bis die Folgen der Katastrophe, die das ganze nationale Leben Frankreichs schwer trifft, überwunden sein werden. Solche Ereignisse aber drängen dem deutschen Menschen die Frage auf: Genügt denn die Kulturmenscheit in vollster Maße ihrer Pflicht, sich zu sichern gegen das Wüten der Elemente? Diese Frage muß leider mit nein beantwortet werden. Alle Kulturkationen sind in diesem Punkte noch mehr oder weniger rückständig. Sie opfern den letzten Teil ihrer Kraft und ihres Vermögens dem Moloch des Militarismus zu Land und zu Wasser. Milliarden über Milliarden werden im Betriebe vergebend, und Millionen der besten Arbeitskräfte müssen dem Moloch fröhnen. Darunter leiden alle Kulturaufgaben, vornehmlich auch die, die den Hochwasserjahre betreffen. Die Hochwasser-gefahren sind überall erheblich dadurch vermehrt worden, daß kapitalistische Profitinteresse und istaltlicher Unverstand eine ungeheure Waidverwüstung betrieben haben, und daß die Anforstung unterlassen oder nicht genügend betrieben worden ist. Der Wald, besonders der Bergwald, ist der beste natürlich Schutz gegen Hochwasser-gefahr. Dieser Gefahr kann aber auch in erheblichem Maße systematisch begegnet werden durch Flußkorrekturen, Kanäle, Deiche, Baggerungen, Talperrn usw. Wenn auf solche Unternehmungen nur ein Teil mehr von den ungeheuren Summen verwendet würde, die der Ankultur des Militarismus dienen, so würde das sehr segensreich sein. Auf diesen Gebiete muß in allen Ländern, auch in Deutschland, noch viel mehr getrieben, als bisher geleistet worden ist. Die Behauptung, daß der bewaffnete Friede den Krieg verhindert, ist eine törichte, irreführende Phrase. Aber wahr ist, daß sich das, was der Mensch zum Schutze seiner wirtschaftlichen und kulturellen Güter gegen feindliche elementare Gewalten unternimmt, hundertfach lohnt. Und wenn diese Gewalt ihm eine ernste und schwere Lehre geben, wie es jetzt wieder geschieht, so soll er sie beherzigen.

Während alle Welt der so bös heimgesuchten Hauptstadt Frankreichs gesamteten Interesse widmete, fand im Deutschen Reichstage u. a. die zweite Beratung des Militäretats statt. Dem Titel: „Gesetz des Kriegsmilitärs“, das die Kleinigkeit von 50 000 beträgt, gab es scharfe und umfassende Debatten, die sich auf das ganze Gebiet der militärischen Ereignisse und Fragen erstreckten. Sozialdemokratische und freisinnige Redner übten scharfe Kritik am herrschenden System und an einzelnen besonders wichtigen und interessanten Tatsachen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Stücken und Kostelien u. a. die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher, die unzureichende Soldatenführung, das Militärvertragsrecht und die militärische Gerichtsbarkeit mit ihren Rigorositäten und Ungerechtigkeiten, die Unterstützung des Kriegervereinens durch die Militärbehörden, den Militärpost, die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die militärische Autorität, die Soldatenmishandlungen, den Duellunzug, die Taten des Militarismus usw. in die gebührende Beleuchtung. Der neue Kriegsminister, Herr v. Heeringen, griff etwa zehnmal in die Debatte ein. Er erwies sich als ein niemals in Belegenheit getauelter Draufgänger. Aber das Zeugnis, daß er auch ein Politiker ist, können wir ihm nicht ausstellen. Es ist ja freilich sein Amt, den Militarismus nach Kräften zu verteidigen. Aber die Art, wie er das tat, konnte die Wucht der erhobenen Klagen und Beschwerden nicht abschwächen. Nach seiner mit offenkundigen Tatsachen hart kollidierenden Ansicht sind alle diese Klagen und Beschwerden, alle die abfälligen Kritiken mehr oder weniger ungebündelt. Im Heere ist alles so bestellt, daß es eigentlich gar nicht besser sein kann. Einige „kleine Mißstände“, die „nicht zu vermeiden sind“, werden „aufgehoben“, „übertrieben“. Entgegen dem durchaus begründeten Klagen über schlechte und unwürdige Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte, die nicht selten die brutalsten Beschimpfungen und frivolen Scheltanen über sich ergehen lassen müssen, verdichtete der Herr Kriegsminister mit der ihm eigenen Empase unter schallender Heiterkeit des Gesichts, der Soldat werde vom ersten Augenblick seines Eintritts in die Kaserne an „in durchaus liebevoller Weise behandelt“!

einer Einnahme (inklusive M 1042,44 Kassenbestand) von M 4905,08 und mit einer Ausgabe von M 3789,35 ab. Mit hin betrug der Kassenbestand am 1. Januar d. J. M 1105,43.

(Zu dem D e n u n z i a n t e n s t u c k.) Am 24. Januar fand eine Sitzung mit dem Vorstände des zentralen Verbandes statt, die sich mit der Angelegenheit befahte. Geleitet wurde diese von dem hiesigen Sekretär Jang-Hagen.

Am 23. Januar tagte unsere Generalversammlung in der Vorhalle des Jahresberichts gab. Er betonte die Zunahme der Mitglieder, führte aber auch an, daß im südlichen Teil unseres Lohnbezirks im Laufe des Jahres noch eine lebhafteste Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder notwendig sei.

(Zu dem Jahresbericht.) Das Jahr 1909 hat für unsern Zweigverein wenig Erfolgreiches gebracht. Von der Tarifbewegung 1908, die hier bekanntlich recht verheerend gewirkt hatte, waren die Spuren nicht in diesem Jahre noch nicht verwischt.

54 § erhöht wurde, waren die Massen der Organisation zugänglich. In den nächsten Jahren gelang es uns, in der Umgebung zahlreicher zu gründen, und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Das Jahr 1909 hat für unsern Zweigverein wenig Erfolgreiches gebracht. Von der Tarifbewegung 1908, die hier bekanntlich recht verheerend gewirkt hatte, waren die Spuren nicht in diesem Jahre noch nicht verwischt.

sich erübrigt, darüber zu berichten. In der Zahlstelle Godenheim hatten die Unternehmer den Vertrag gekündigt, mit der Begründung, 1909 nicht mehr mit organisierten Maurern arbeiten zu wollen.

Am 18. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Jahresversammlung ab. Kollege O. Krämper führte in seinem Jahresbericht ungefähr folgendes aus:

Mülheim-Dershausen. (Jahresbericht.) Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Werner erstattete den Kassen- und Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die wirtschaftliche Krise innerhalb des Zweigvereins noch nicht geschwunden ist.

auf 19, die Bauarbeiterorganisation auf 14 Orte. In den übrigen Arbeitsorten unseres Zweigvereinsgebietes...

Witzburg. Am 16. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine ordentliche, nicht gut besuchte, Generalversammlung ab.

In „Grundstein“ Nr. 3 ist unter „Lohn- und Arbeitsbedingungen“ folgendes zu lesen: Die im Zentralbureau dauernd beschäftigten Mitglieder erhalten ein Anlagengehalt von M 2400, steigend bis M 3000, außerdem M 800 jährlicher Zuschuß.

München. (Jahresbericht.) Trotsdem wir mit den Unternehmern in einem Tarifverhältnis standen, waren wir doch gezwungen, mit ihnen Kämpfe zu führen.

vereinsbureau Beschäftigten, und doch sollen letztere M 600 im Jahre weniger bekommen; über haben die im Zentralbureau Beschäftigten einen soviel größeren Magen, daß sich solche Vorschläge rechtfertigen.

Johann Fridt, Straßburg i. El., Magdalengasse 21.

Des Maurers Nachquartier.

Das Lieberlandsbüchsen bei Lieberlandarbeitern ist ein altes Lied, besonders in der Ostmark. Die Kollegen haben sich aneinander an diese Mißere so gewöhnt, daß sie das Leben schlechter als ein Hund geduldig hinnehmen, ohne daran zu denken, daß es ein Hundstücker besser hat.

Fliesenleger.

Mürnberg. (Jahresbericht.) Trotsdem wir mit den Unternehmern in einem Tarifverhältnis standen, waren wir doch gezwungen, mit ihnen Kämpfe zu führen.

Grundbau am zweiten Tage hinter unserm Rücken nach auswärts, um dort eine Arbeit fertigzustellen, die unsere Kollegen nach Beschluß der Sperrde verlassen hatten.

Molierer und Steinhölzler.

Dresden. Am 16. Januar fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung im „Wolfsbau“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende die Entschuldigungslisten der auswärts arbeitenden Kollegen.

Internationale Maurerbewegung. Schweiz.

Ueber den Stand des Kampfes in Winterthur lesen wir in der „Bernener Tagwacht“: Die Winterthurer Baumeister sind in großer Verlegenheit. Trots der wirtschaftlichen Krise und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit ist es ihnen nicht gelungen, brauchbare Arbeitsverträge zu erhalten.

